



**DGB**

für Hamburg – für eine solidarische Stadt

**Gewerkschaftliche Orientierungen  
für die Bürgerschaftswahl  
am 24. Februar 2008**

## **IMPRESSUM**

Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Hamburg  
Verantwortlich: Erhard Pumm

Kontakt: DGB Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg  
Tel. 040/2858 250, Fax 040/2858 251  
E-Mail: [hamburg@dgb.de](mailto:hamburg@dgb.de)  
[www.dgb-hamburg.de](http://www.dgb-hamburg.de)  
[www.gewerkschaftshaus-hamburg.de](http://www.gewerkschaftshaus-hamburg.de)

für Hamburg – für eine solidarische Stadt

## **Gewerkschaftliche Orientierungen für die Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008**

### **Inhalt**

<b>Für Hamburg – für eine solidarische Stadt</b>	<b>4</b>
<b>Der Arbeitsmarkt braucht aktive Beschäftigungspolitik</b>	<b>5</b>
<b>Wir wollen gute Arbeit und ein Recht auf Ausbildung</b>	<b>6</b>
<b>Öffentliche Güter in öffentliche Verantwortung</b>	<b>7</b>
<b>Nur Gleichstellung bringt Geschlechterdemokratie</b>	<b>8</b>
<b>Unsere Stadt muss Bildungschancen bieten – für alle</b>	<b>9</b>
<b>Nur Beteiligung schützt vor Benachteiligung</b>	<b>10</b>
<b>Wir mischen uns ein und rufen auf zur Wahlbeteiligung</b>	<b>11</b>

# Für Hamburg – für eine solidarische Stadt

*Die Parteien in Hamburg definieren ihr Kernziel für die Stadt oder die Metropole mit Adjektiven wie „wachsend“, „menschlich“, „kreativ“. Der zentrale Wert für Gewerkschaften ist „Solidarität“, also die Bereitschaft, für sich und für einander Verantwortung zu übernehmen.*

**Das Ziel einer solidarischen Stadt erfordert eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Verteilungsgerechtigkeit, für mehr Chancengleichheit vor allem in der Bildung, und eine Politik gegen Erwerbslosigkeit und Armut, gegen Ausgrenzung, aber auch gegen Privatisierung und Demokratieabbau.**

Eine solidarische Stadt, das ist zugleich auch ein Anspruch an die Art und Weise von Politik und an die politische Kultur:

- Einerseits hilfebedürftige Menschen nicht zu bevormunden oder zu entmündigen, sondern ihnen Chancen und Möglichkeiten zu vermitteln, so weit wie möglich eigenständig und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben beteiligt zu sein;
- andererseits die Strukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen so zu verändern bzw. weiter zu entwickeln, dass Ungerechtigkeit und soziale Spaltung abgebaut werden und mit einer präventiven Politik die Zukunftschancen vor allem der jungen Menschen verbessert werden.

**Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, steht im Zentrum der Politik für eine solidarische Stadt.** Arbeit ist für die Menschen existenzielle Grundlage, Voraussetzung für ihre individuelle Entfaltung und lebenslange Teilhabe an der Gesellschaft. Arbeit ist zugleich die Zukunftsbasis der sozialen Sicherungssysteme und eines gut funktionierenden Staates, der die öffentlichen Aufgaben auch finanzieren und gewährleisten kann.

Wichtiger Bestandteil der Solidarität ist auch die Verpflichtung von Staat und Gesellschaft, den Menschen nach ihrem Berufsleben ein sozial abgesichertes, menschenwürdiges Älterwerden zu ermöglichen und einer drohenden Altersarmut entgegenzuwirken, die sich durch die rasante Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse abzeichnet. All das ist nur durch Generationensolidarität zu erreichen.

**Angesichts der neoliberalen Ausrichtung des Globalisierungsprozesses muss eine solidarische Stadtpolitik gegensteuern,** indem sie

- die Wirtschaftspolitik auf qualitatives Wachstum und mehr Beschäftigung ausrichtet.
- die Arbeitsmarktpolitik auf eine wirksame und nachhaltige Integration von Erwerbslosen, insbesondere von Langzeitarbeitslosen festlegt.
- Bildungs- und Wissenschaftspolitik auf Chancengleichheit und Integration orientiert und die Potentiale von der Kita bis zur beruflichen Weiterbildung optimal entwickelt.

In den folgenden Punkten konkretisieren die Hamburger Gewerkschaften ihre Anforderungen an eine solidarische Stadt am Beispiel einzelner Politikbereiche, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von herausgehobener Bedeutung sind.

# Der Arbeitsmarkt braucht aktive Beschäftigungspolitik

---

**Z**iel der Arbeitsmarktpolitik ist die Integration aller erwerbsfähigen Menschen in reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit auskömmlichem Einkommen entsprechend ihrer Fähigkeiten und Interessen.

Erwerbslosigkeit ist mehr als ein Problem der Vermittlung und der individuellen Flexibilität von Erwerbslosen. Angesichts des anhaltenden Strukturwandels muss die Politik durch arbeitsmarktpolitische Interventionen dazu beizutragen, einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen und die Beschäftigungsstruktur, einschließlich der Weiterentwicklung der Beschäftigungsfähigkeit durch Ausbildung und Qualifizierung, ständig zu verbessern. In Zeiten hoher Erwerbslosigkeit bleibt auch öffentlich geförderte Beschäftigung notwendig.

**Die Wirksamkeit der Arbeitsmarktpolitik hängt wesentlich vom Erfolg einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik ab, die den Rahmen für eine Stärkung der Binnennachfrage und die Bereitschaft zu privaten und öffentlichen Investitionen schafft.** In diesem Zusammenhang bleibt zu beachten, dass Wohlstand und Beschäftigung auch in Hamburg langfristig nur mit einer leistungsfähigen Industrie gesichert und verbessert werden können. Dafür ist es unerlässlich, den Bestand der industriellen Basis zu pflegen und technologieorientierte Innovationen zu fördern. Die Industrie ist ein unverzichtbarer Auftraggeber für andere Wirtschaftszweige. Nach wie vor bildet sie die Basis für die Expansion der Dienstleistungen. Zugleich ist sie bedeutsam als Impulsgeber für technologische Forschungen und Entwicklungen.

Die Verantwortung für defizitäre Rahmenbedingungen der Arbeitsmarktpolitik aufgrund einer einseitig angebotsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik darf nicht per individueller Schuldzuweisung den Erwerbslosen oder den Akteuren der Arbeitsmarktpolitik angelastet werden. Die Umsetzung der Hartz-Reformen hat in Hamburg, verstärkt durch die faktische Halbierung der öffentlichen Mittel, den missbräuchlichen Einsatz von Mitteln der Arbeitsförderung für die Wirtschaftsförderung, den Abbruch wirksamer und entwicklungsfähiger Arbeitsmarktkonzepte und die einseitige Ausrichtung auf Ein-Euro-Jobs, über Jahre zu einem dramatischen Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit geführt. In der Arbeitsmarktpolitik gilt es umzusteuern:

→ Die Akteure der Arbeitsmarktpolitik – Behörden, Arbeitsagentur, Sozialpartner, beteiligte Verbände, Kammern – müssen unter der Federführung des Senats zur abgestimmten Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Verantwortung veranlasst werden, wie es in der früheren „Initiative für Arbeit und Ausbildung“ der Fall war.

→ Das Hamburger Vergabegesetz ist dringend notwendig und muss erhalten bleiben. Das durch diesen Senat abgeschaffte Korruptionsregister ist wieder einzuführen und streng anzuwenden, da es nach Angaben des Statistischen Landesamtes wieder eine wachsende Anzahl von Korruptionsfällen gibt.

→ **Die Langzeitarbeitslosigkeit muss durch ein wirksames Sonderprogramm für „Öffentlich Geförderte Beschäftigung“ (ÖGB) bekämpft werden.** Es muss sich an rund 10 000 Erwerbslosen richten, die voll erwerbsfähig und länger als zwei Jahre arbeitslos gemeldet sind.

# Wir wollen gute Arbeit und ein Recht auf Ausbildung

**H**auptsache Arbeit“-Parolen und die Ausweitung unsicherer Arbeit bringen uns nicht weiter. Die Gewerkschaften sind überzeugt: Sozial ist nur, was gute Arbeit schafft. Gute Arbeit fördert Lebensqualität, Gesundheit, Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Gute Arbeit ist würdige Arbeit ohne Diskriminierungen, aber mit Beteiligung, sozialer Sicherheit und einem gerechten Entgelt. Zu guter Arbeit gehören auch die Chance, Beruf und Familie vereinbaren zu können, und gesunde Arbeitsbedingungen – ein Arbeitsleben lang.

## Die Humanisierung der Arbeitswelt bleibt eine dauerhafte Aufgabe – auch der Politik.

Der Senat muss in der Verwaltung, bei den öffentlichen Unternehmen wie auch in der privaten Wirtschaft die Entwicklung zu immer mehr prekärer Beschäftigung eindämmen und ihr entgegen wirken. Wachsende Leiharbeit, Zeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und die Ausweitung des Niedriglohnssektors bedrohen nicht nur die soziale Existenz der Erwerbstätigen und die Lebensverhältnisse der Rentnergenerationen, sondern auch die Einnahmen des Staates und der Sozialsysteme.

- Vor allem bei den öffentlichen Unternehmen muss der Senat seine Gesellschafter- bzw. Beteiligungsrolle dazu nutzen, die Ausweitung von Randbelegschaften mit prekärer Arbeit und ohne Tarifbindung zu stoppen.

- Für alle Aufträge von Unternehmen und Gesellschaften, die der Stadt Hamburg gehören oder an denen sie beteiligt ist, muss das Hamburger Vergabegesetz konsequent eingehalten und die Tariftreue eingefordert werden.
- Ein gesetzlicher Mindestlohn garantiert, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können.

Die Hamburger Gewerkschaften treten für das Recht auf Ausbildung ein. **Jede(r) Jugendliche muss eine vernünftige, qualitativ hochwertige Ausbildungs- und damit Lebensperspektive haben.** Dies zu gewährleisten ist eine zentrale Aufgabe der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Politik.

Dieses Ziel ist jedoch in Hamburg durch andauernde Strukturprobleme auf dem Ausbildungsmarkt nicht erreicht. So kommen auf 100 Beschäftigte im Dienstleistungssektor nur 3,5 Auszubildende. Nur 16 Prozent aller Hamburger Unternehmen (deutschlandweit: 21 Prozent) bilden aus, 40 Prozent wären ausbildungsfähig. Es fehlen in Hamburg über 5000 Ausbildungsplätze, 10 000 Jugendliche gehen – unfreiwillig – in schulische Warteschleifen.

Um den Tausenden unversorgten BewerberInnen eine Perspektive zu bieten, müssen für eine befristete Zeit Kammerprüfungen für vollzeitschulische Ausbildungsgänge ermöglicht werden.

Es sind aber Lösungen erforderlich, die nicht einseitig zu Lasten des Staatshaushaltes gehen. **Der sinkenden Ausbildungsbeteiligung der Hamburger Wirtschaft kann langfristig nur mit einer Ausbildungsplatzumlage begegnet werden.** Die Hamburger Gewerkschaften schlagen eine flexible, branchennahe Umlage auf Landesebene vor, die über die einzelnen Kammern unbürokratisch erhoben und verwaltet werden kann. Über diese Landesumlage soll der finanzielle Kostenausgleich zwischen auszubildenden und nicht auszubildenden Unternehmen ermöglicht und flexible Unterstützungsansätze insbesondere für kleine Unternehmen ermöglicht werden.

*„Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben. Mit einem zum Leben ausreichenden Lohn meine ich mehr als das bloße Existenzminimum - ich meine Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen.“*

*Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt bei der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 1938*

# Öffentliche Güter in öffentliche Verantwortung

---

**A**ngeichts der wachsenden sozialen Ungleichheit und der zu lösenden Zukunftsprobleme ist eine auf sozialen Ausgleich und auf wichtige Zukunftsinvestitionen ausgerichtete Steuer-, Finanz- und Haushaltspolitik erforderlich. Dabei darf die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte nicht tabu sein, sondern sie muss ausreichende Mittel zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben erheben und bereit stellen.

Zugleich gilt es, die Debatte über Schulden der Öffentlichen Hand sachgerecht statt irrational zu führen. **Staatsverschuldung mit den Schulden von Privatpersonen oder -haushalten gleich zu setzen, ist volkswirtschaftlicher Unsinn**, führt aber in Hamburg zu einer absurden Diskussion über ein Schuldenverbot.

Schulden sind für den Staat wie für Unternehmen normale Gestaltungsinstrumente zur Regulierung konjunktureller Entwicklungsverläufe. Das ist zwar unter Globalisierungsbedingungen schwieriger geworden, ist aber grundsätzlich weiter richtig und notwendig.

**Privatisierungen sind Enteignungen der BürgerInnen Hamburgs – und zugleich Schritte zur Entdemokratisierung**, weil der Einfluss der BürgerInnen auf die Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur sinkt.

Die Beispiele bisheriger Privatisierungen von der HEW bis zum LBK und dem 30prozentigen Teilverkauf der HHLA, aber auch der verantwortungslose Ausverkauf Hamburger Immobilien zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung zeigen deutlich, dass ein Privatisierungsstopp und ein Verkaufsstopp dringend geboten sind. Auch im Hinblick auf geplante Privatisierungen sollte geprüft werden, ob derartige Verkäufe zukünftig nur nach einer Volksabstimmung möglich sind. Öffentliche Güter gehören in öffentliche Verantwortung.

# Nur Gleichstellung bringt Geschlechterdemokratie

---

**F**rauen müssen die gleichen Karrierechancen und gleichberechtigte Zugänge zu Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik erhalten. Zur Erweiterung des Berufswahlspektrums junger Frauen müssen Ausbildungsplätze in zukunfts-trächtigen Berufen und Branchen gefördert werden, in denen Frauen unterrepräsentiert sind.

Mädchen und Frauen wählen nach wie vor insbesondere die sogenannten frauentypischen Berufe, die in der Regel schlechtere Einkommens- und Aufstiegschancen vorweisen. Entsprechend verfügen Frauen über ein Einkommen, das rund 25 Prozent niedriger ist als das der Männer – mit der Auswirkung, dass auch die Renten entsprechend niedriger ausfallen. Frauen arbeiten auch in Hamburg viel häufiger als Männer in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen mit wenig Entwicklungschancen. 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten und 60 Prozent der geringfügig Beschäftigten in Norddeutschland sind weiblich. Dies beruht nicht zuletzt darauf, dass überwiegend Frauen die Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen übernehmen. Dagegen sind Frauen in Hamburg mit einem Anteil von 15,4 Prozent in Führungspositionen unterrepräsentiert (Deutschland: 16,4 %, Berlin: 20,3 %).

Frauen und Männer entsprechend ihrer Möglichkeiten am Arbeitsmarkt zu beteiligen, setzt eine ausreichende öffentliche Infrastruktur und ein positives gesellschaftliches Klima für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie voraus. **Deshalb muss die Kinderbetreuung ausgeweitet werden.** Auch erwerbslose Eltern müssen einen Anspruch auf Kinderbetreuung haben. Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen müssen die Lebensrealität von Frauen berücksichtigen.

Seit 2002 sind die finanziellen Mittel für Frauen- und Mädchenprojekte in Hamburg um bis zu 50 Prozent gekürzt worden. Betroffen davon sind Frauenberatungsstellen, genauso wie Beratungs- und Hilfsangebote, die bei Gewalterfahrung helfen wie Frauenhäuser, Frauenbeschäftigungsträger, Frauen- und Mädchenprojekte in der Migrationsarbeit, Frauenbildungszentren und Drogenprojekte für Mädchen. 2003 verkündete die Sozialsenatorin schließlich die Auflösung des Senatsamtes für die Gleichstellung. Damit hat der Senat innovative und fortschrittliche Frauenpolitik in Hamburg für beendet erklärt.

**Wir brauchen einen neuen Anfang. Deshalb muss der Hamburger Senat schnellst möglich wieder eine Institution zur Förderung der Chancengleichheit der Geschlechter schaffen.**

Die Gewerkschaften fordern die Einrichtung der Stelle einer Landesbeauftragten für die Gleichstellung der Frau.

Ob Frauenhäuser, Frauenbildungszentren oder Projekte für junge Migrantinnen: Der Hamburger Senat muss die Kürzungen bei den Frauen- und Mädchenprojekten zurücknehmen. Insgesamt muss der Senat die Beratungsangebote für Frauen und Mädchen erweitern. Der DGB macht sich insbesondere stark für ein „Hamburger Forum Frauen und Gesundheit“, um die frauengerechte Gesundheitsförderung und Krankheitsversorgung in Hamburg zu verbessern.

# Unsere Stadt muss Bildungschancen bieten – für alle

---

**B**ildung ist die Basis einer humanen Kultur und die Bedingung der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und unserer Stadt. **Um ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot für alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Stellung sicher zu stellen, müssen die staatlichen Bildungsausgaben massiv erhöht werden.**

Es ist erforderlich, die Belastung der Familien mit Kindern durch Gebühren im Bildungsbereich zu stoppen, die geplanten, neu eingeführten oder erhöhten Gebühren z.B. für Kitas, Vorschulen, Lernmittel, Jugendmusikschule, Volkshochschule und Universitäten zurückzunehmen und schrittweise gebührenfreie Plätze für jedes Kind in Kindertageseinrichtungen (Krippe, Kindergarten, Hort) zu gewährleisten.

Umfassende, bestmögliche Bildung für alle verlangt einen Rechtsanspruch auf einen Vollzeitplatz in Kinderkrippe, Kita und Vorschule für jeden und jede von Anfang an, ein integriertes Schulsystem von der ersten Klasse bis zum Abschluss der Sekundarstufe I (10.Klasse) für alle Kinder. **Der Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen muss beschleunigt fortgesetzt werden.**

**Die Studierendenzahl muss massiv erhöht werden.** Dazu sind die Studienbedingungen räumlich und personell deutlich zu verbessern. Der Zugang zu einem Hochschulstudium muss ausgeweitet werden. Die Abwicklung der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik war ein Fehler. Es gilt, das jetzige Department für Wirtschaft und Politik (DWP) als Teil der Universität zu erhalten, den besonderen Zugang zum Studium ohne Abitur über die Aufnahmeprüfung zu gewährleisten und die Interdisziplinarität des Studienangebotes zu sichern.

Die Offenheit des Angebotes des bisherigen DWP für Berufserfahrene darf nicht auf eine formale Zugangsmöglichkeit reduziert werden, sondern muss sich im konkreten Lehrangebot widerspiegeln. Dies ist nur im Rahmen einer eigenen Struktur zu gewährleisten.

**Es ist wichtig, die Bildung in staatlicher Verantwortung und Regie zu stärken** und allen Tendenzen zur Auslagerung von Bildungsprozessen in private Hand oder der Privatisierung von Bildung entgegenzutreten. Bildung darf nicht zur Ware werden, deren Erwerb vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

Der dramatische Rückgang in der beruflichen Weiterbildung, der zum Abbau von Tausenden von Arbeitsplätzen in Hamburg geführt hat und weitere bedroht, muss gestoppt werden. **Wir fordern eine Weiterbildungsoffensive, die die berufliche, gesellschaftspolitische und kulturelle Weiterbildung umfasst.**

Die Arbeits- und Lernbedingungen in Kitas, an den allgemeinbildenden, den Berufs-, Hochschulen und Volkshochschulen sowie an den Weiterbildungseinrichtungen müssen verbessert werden. Die personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen muss deutlich ausgeweitet werden, die Arbeitszeit der Beschäftigten muss gesenkt statt ständig weiter erhöht zu werden. Nur so ist heute die Qualität der Bildung zu steigern.

# Nur Beteiligung schützt vor Benachteiligung

---

**E**ine lebendige Demokratie gibt es nur dort, wo es ausreichend Beteiligung (Partizipation) gibt. Nachweislich ist die Zufriedenheit der Menschen mit ihren Lebensumständen dann hoch, wenn sie darauf vertrauen können, an der Gestaltung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen beteiligt zu werden. Im politischen Bereich sind dafür verbindliche Bürger- und Volkssentscheide bei wichtigen Entscheidungen ein geeigneter und zukunftssträchtiger Weg. **Direkte Demokratie muss eine verbindliche Ergänzung zur repräsentativen Demokratie werden.** Sie ermöglicht breite öffentliche Debatten über die großen Fragen des Gemeinwesens. Direkte Demokratie muss zu einer demokratischen Normalität in Hamburg werden.

*„Wenn Du mich nicht begehrt, dann verlasse ich Dich!“ Deine Demokratie“  
(unbekannte/r Autor/in)*

Mitbestimmung in der Arbeitswelt ist kein Standortnachteil, sondern Ausdruck und Voraussetzung für die berechnigte Teilhabe und Mitgestaltung von Beschäftigten an ihrer Arbeit und deren Rahmenbedingungen. **Erst durch die Mitbestimmung in Verbindung mit der Repräsentanz unabhängiger Gewerkschaften treten die ArbeitnehmerInnen den privaten und öffentlichen Arbeitgebern auf Augenhöhe gegenüber.**

Der Staat und die öffentlichen Unternehmen müssen vorbildlich sein bei der Verwirklichung von Mitbestimmungsmöglichkeiten. In der Vergangenheit haben sich die Arbeitnehmervertretungen bei der Stadt in den öffentlichen Unternehmen Hamburgs mit hoher Verantwortung an notwendigen Restrukturierungen und Modernisierungsprozessen beteiligt und so wesentlich zur Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen beigetragen.

Durch Kündigung des „Hamburger Modells“ und der Mitbestimmungstarifverträge sowie durch die Novellierung des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes wurde diese Entwicklung gestoppt und alte Obrigkeitsstaatlichkeit wieder hergestellt. Die paritätische Mitbestimmung für Hamburger Öffentliche Unternehmen nach dem „Hamburger Modell“ ist wieder einzuführen und die Mitbestimmungstarifverträge sind wieder zu vereinbaren.

# Wir mischen uns ein und rufen auf zur Wahlbeteiligung

---

**M**it Gesetzen und mit Tarifverträgen werden in unserem Land die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen politisch geregelt. Tarifpolitik – das ist der gute Sinn der Tarifautonomie – machen Gewerkschaften und Arbeitgeber ohne Einmischung der Parteien, Parlamente und Regierungen. Das hat sich sehr bewährt. Mehr als 60 000 Tarifverträge sind zurzeit in Kraft.

Tarifverträge und Gesetze ergänzen sich. Im Arbeits- und Sozialrecht haben viele gesetzliche Regelungen ihren Ursprung in Tarifverträgen; umgekehrt können Gesetze Tarifrecht schützen und stützen. **Schon deshalb ist es für die Gewerkschaften wichtig, auf die demokratische Meinungs- und Willensbildung in unserem Land im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Einfluss zu nehmen.**

*„Wer gegen Politik ist, ist für die Politik,  
die mit ihm gemacht wird.“*  
Bertolt Brecht

**Die DGB-Gewerkschaften vertreten ihre Politik offen und öffentlich. Sie suchen die politische Kooperation mit allen demokratischen Parteien – auch in Hamburg.** Der DGB Hamburg hat die CDU, die SPD, die FDP, die Linkspartei und die GAL zu Gesprächen über ihre Wahlprogramme eingeladen und hat diese Treffen genutzt, um die gewerkschaftlichen Anforderungen an die Parteien vorzutragen.

Was die Gewerkschaften anbieten, sind ihre Erfahrungen, ihre Analysen, Informationen und Argumente. Eine fundierte eigene Meinung kann sich nur bilden, wer sich mit anderen Auffassungen auseinandersetzt.

Jede Wählerin hat ihre, jeder Wähler hat seine eigene Stimme. Eine nicht abgegebene Stimme ist eine verlorene Stimme. Wir rufen Sie auf, von ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch zu machen.

*„Schlechte Kandidaten werden von Bürgern gewählt,  
die nicht zur Wahl gehen.“*

Thomas Jefferson

## Zur Bürgerschaftswahl 2008 veröffentlicht der DGB Hamburg folgende Materialien:

Informations-Flyer zu den Themen

- **Der Arbeitsmarkt braucht aktive Beschäftigungspolitik**
- **Wir wollen gute Arbeit und ein Recht auf Ausbildung**
- **Nur Gleichstellung bringt Geschlechterdemokratie**
- **Unsere Stadt muss Bildungschancen bieten – für alle**
- **Nur Beteiligung schützt vor Benachteiligung**
- **Öffentliche Güter in öffentliche Verantwortung**

Broschüren mit den Titeln

- **Bürgerschaftswahl 2008:  
Für Hamburg – für eine solidarische Stadt**
- **Mehr Ausbildung – mehr Mitbestimmung.  
Die DGB-Jugend zur Bürgerschaftswahl**  
sowie ein umfangreiches Positionspapier
- **Anforderungen des DGB Hamburg an die  
Wahlprogramme der Parteien**

Alle Materialien im Internet unter: [www.dgb-hamburg.de](http://www.dgb-hamburg.de)

Sie suchen den Kontakt zu Ihrer Gewerkschaft, wissen aber nicht, wer für Ihre Branche zuständig ist?  
Der DGB hilft Ihnen gerne weiter: Tel. 040 / 28 58 250, [www.gewerkschaftshaus-hamburg.de](http://www.gewerkschaftshaus-hamburg.de)

**DGB** Deutscher Gewerkschaftsbund

**IG BCE** Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

**IG Metall** Industriegewerkschaft Metall

**NGG** Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

**ver.di** Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

alle:

Besenbinderhof 60

20097 Hamburg

**IG BAU**

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Jungestraße 1

20535 Hamburg

**GEW**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Rothenbaumchaussee 15

20148 Hamburg

**GdP**

Gewerkschaft der Polizei

Hindenburgstr. 49

22297 Hamburg

**TRANSNET**

Hammerbrookstraße 90

20097 Hamburg

Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

**DGB**

